



Vorlage Stadtparlament

vom 27. März 2007

Nr. 2920

Interpellationen

Interpellation Christine Bölsterli-Wickart und Veronica Hälg-Büchi: Gratis mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zu den städtischen Kultur- und Sportveranstaltungen; schriftlich

Christine Bölsterli-Wickart und Veronica Hälg-Büchi sowie 48 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 13. Februar 2007 die beiliegende Interpellation "Gratis mit dem öffentlichen Verkehrsmittel zu den städtischen Kultur- und Sportveranstaltungen" ein.

Der Stadtrat beantwortet die Interpellation wie folgt:

In der Tat ist es wünschens- und erstrebenswert, dass der grösste Teil der Besucherinnen und Besucher von Kultur- und Sportveranstaltungen in der Stadt St.Gallen mit dem öffentlichen Verkehr anreist. Das Instrument der Verbindung von Eintrittskarten mit den Fahrkarten der VBSG wird, wie in der Interpellation erwähnt, bereits für verschiedene Anlässe angewendet und stellt tatsächlich einen Anreiz zur Benutzung des öffentlichen Verkehrs dar. Dabei verhält es jeweils so, dass die veranstaltende Organisation die VBSG mit einer Pauschalentschädigung abfindet, die in ihrer Höhe aufgrund der Besucherzahlen der Fahrleistung der VBSG gerecht wird. Das bedeutet, dass die Besuchenden den Bus de facto nicht gratis benutzen, sondern dass die Hin- und Rückfahrt auf eine andere Art finanziert wird. Dies geschieht heute beispielsweise bei Fussballspielen des FC St.Gallen, beim Open Air Festival oder beim Besuch von Kinofilmen im Cinedome. Auch mit den SBB und der Olma besteht eine Vereinbarung betreffend Olma-Sparkombi-Billett, das die SBB an ihren Schaltern anbieten.

Die Entschädigung über einen Anteil am jeweiligen Billett oder aber über einen möglichst korrekt berechneten Pauschalbetrag ist für die VBSG aus den folgenden Gründen zwingend:

Bis 1996 war allein die Stadt für die Finanzierung der VBSG zuständig. Seither werden die Angebote des städtischen Transportunternehmens zu 65 Prozent durch den Kanton, zu sie-



ben Prozent durch den Bund und zu 28 Prozent durch die Stadt finanziert. Für die Leistungen müssen die Verkehrsbetriebe den Bestellern jeweils ein Jahr im Voraus ein Angebot mit verbindlicher Festlegung des Abgeltungsbedarfs vorlegen. Auch wenn die VBSG als Dienststelle in die Stadtverwaltung integriert sind, werden die finanziellen Vorgaben in erster Linie durch den Bund und in zweiter Linie durch den Kanton St.Gallen gemacht. Nebst dieser finanziellen Unterstellung unter die Vorgaben von Bund und Kanton sind die VBSG seit 1987 in einen Tarifverbund integriert, welcher es ihnen verunmöglicht, Angebote nach eigenem Ermessen zu machen.

Eintrittskarten zu allen kulturellen und sportlichen Veranstaltungen können dann als Fahrkarten der VBSG zu und von diesen Anlässen dienen, wenn die jeweiligen Veranstalter oder die Stadt St.Gallen dies gegenüber den VBSG abgelten (Transportgesetz Art. 9 und 11 und Art. 50 Tarifreglement der Verkehrsbetriebe St.Gallen). Es wäre zu prüfen, wie weit der Stadtrat die Möglichkeit hat, die Veranstalter zu solchen Regelungen zu zwingen.

Hinzu kommt, dass der Stadtrat mit der Einführung des integralen Tarifverbundes – vorgesehen auf Dezember 2008 – die Kompetenz zum Erlass des Verbundstarifs und der dazugehörigen Tarifbestimmungen an die Verbundorgane übertragen wird (Tarifreglement Art. 52). Es ist vorgesehen, im Rahmen des Tarifverbundes Ostschweiz den einzelnen Transportunternehmen Möglichkeiten für Spezialfahrkarten einzuräumen. Eine diesbezügliche Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit aufgenommen. Ergebnisse liegen jedoch noch nicht vor. Das mit der vorliegenden Interpellation verbundene Anliegen wird in die Beratungen der Arbeitsgruppe des Tarifverbundes Ostschweiz einfließen.

Der Stadtpräsident:
Scheitlin

Im Namen des Stadtrats
Der Stadtschreiber:
Linke

Beilage:
Interpellation vom 13. Februar 2007

